

Bernd Greiner ■ Robert J. McMahon ■ William Walker ■ Sean N. Kalic ■ Bettina Greiner ■ John Philipp Baesler ■ Rolf Hobson ■ Vojtech Mastny ■ Dieter Krüger ■ Roy de Ruiter ■ Klaus Naumann ■ Gerd Hankel ■ Giorgio Franceschini ■ Christoph Laucht ■ Michael Brzoska / Götz Neuneck ■ Sarah B. Snyder ■ Anja Mihr ■ James Burnham Sedgwick ■ Philipp Gassert ■ Melanie Arndt ■ Stefanie van de Kerkhof ■ Berthold Vogel ■ Heonik Kwon ■ Sascha Helbardt / Rüdiger Korff ■ Lorenz Lüthi ■ Hans-Joachim Spanger ■ Hartmut Quehl

Bernd Greiner / Tim B. Müller / Klaas Voß (Hg.)

Erbe des Kalten Krieges



Hamburger
Institut für
Sicherheitsforschung
Edition

Bernd Greiner/Tim B. Müller/Klaas Voß (Hg.)

Erbe des Kalten Krieges

Studien zum Kalten Krieg
Band 6

Berthold Vogel
Der »sorgende Staat« – ein Kriegsprodukt?
S. 401–412

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.Hamburger-Edition.de

© der E-Book-Ausgabe 2013 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-574-6
E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

© der Printausgabe 2013 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-258-5

Redaktion: Jörg Später
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns
Satz aus Sabon von Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

BERND GREINER Spurensuche: Zum Erbe des Kalten Krieges	9
Der nationale Sicherheitsstaat	43
ROBERT J. MCMAHON Der verwundbare Gigant: Unsicherheitsdebatten in den USA	45
WILLIAM WALKER Der Nationale Sicherheitsstaat	59
BERND GREINER Das lange Leben der »Imperialen Präsidentschaft«	74
SEAN N. KALIC »Framing the Discourse«: Die Rhetorik des Krieges gegen den Terror	97
BETTINA GREINER Nach Abu Ghraib	111
JOHN PHILIPP BAESLER Die Macht des Lügendetektors im amerikanischen Sicherheitssystem	128
ROLF HOBSON »Defense Intellectuals«: Zur Karriere von Schreibtischstrategen	148
Außen- und Sicherheitspolitik	159
VOJTECH MASTNY Nachhaltige Sicherheitsarchitekturen	161
DIETER KRÜGER Sicherheit durch Integration: NATO, EU und der lange Schatten des Kalten Krieges	176
ROY DE RUITER Abschied vom Kalten Krieg: Das Beispiel Niederlande	194
KLAUS NAUMANN Ein zäher Wandel: Deutsche Sicherheits- und Militärpolitik	209

GERD HANKEL	
Humanitäre Intervention: Zur Karriere eines Konzepts	227
GIORGIO FRANCESCHINI	
Die nukleare Modernisierung der USA	244
CHRISTOPH LAUCHT	
Zurück in die nukleare Zukunft: Das Beispiel Großbritannien	263
MICHAEL BRZOSKA, GÖTZ NEUNECK	
Vagabundierende Atomwaffen? Das sowjetische Arsenal nach 1991	274
Gesellschaft, Wirtschaft, Recht	293
SARAH B. SNYDER	
Transnationaler Menschenrechtsaktivismus	295
ANJA MIHR	
Menschenrechtsorganisationen: Das Beispiel Amnesty International	309
JAMES BURNHAM SEDGWICK	
Internationales Strafrecht: Zur Entwicklung einer Disziplin	327
PHILIPP GASSERT	
Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins	343
MELANIE ARNDT	
Tschernobyl in Deutschland	364
STEFANIE VAN DE KERKHOF	
»Business is War«? Zur Kontinuität militärstrategischen Denkens in Management und Consulting	383
BERTHOLD VOGEL	
Der »sorgende Staat« – ein Kriegsprodukt?	401
Staatsbildung und Staatszerfall	413
HEONIK KWON	
Auf der Spur des Kalten Krieges im Globalen Süden	415
SASCHA HELBARDT, RÜDIGER KORFF	
Staatenbildung in Südostasien	428

LORENZ LÜTHI Chinas Wirtschaftswunder	447
HANS-JOACHIM SPANGER Staatszerfall: Ein Erbe des Kalten Krieges?	463
HARTMUT QUEHL Zum Umbau von Kriegsgesellschaften: Eritrea, Kurdistan und Nicaragua	480
Zu den Autorinnen und Autoren	499

Berthold Vogel

Der »sorgende Staat« – ein Kriegsprodukt?

Der britische Sozialhistoriker Tony Judt wies in seinen letzten Lebensjahren wiederholt darauf hin, dass wir dazu neigen, das 20. Jahrhundert »in eine Gedenkstätte zu verwandeln, eine pädagogisch nützliche historische Schreckenskammer«.¹ Doch im Zuge dieser Verwandlung des vergangenen Jahrhunderts in einen Erinnerungsort gehen nach Auffassung Judts wichtige gesellschaftliche und politische Erfahrungen verloren. Diese Erfahrungen sind freilich wichtig, um den wirtschaftlichen Wandel, die ökologischen Krisen und die sozialen Fragen von heute politisch bewältigen zu können. Was waren nach Auffassung Judts die beiden zentralen Bausteine dieser gesellschaftsgeschichtlichen Erfahrung des 20. Jahrhunderts? Einmal die Präsenz des Krieges als sozialer Zustand und zum anderen der Aufstieg der politischen Organisation des Staates. Der Krieg war treibende Kraft sozialer und ökonomischer Konflikte; zugleich sorgte er für technologische und infrastrukturelle Modernisierung. Als Gesellschaftszustand war und ist er gleichermaßen restaurativer Akt und revolutionäres Prinzip. Zugleich wuchs die Staatsbedürftigkeit moderner Gesellschaften im Verlaufe des 20. Jahrhunderts exponentiell. Staatliche Aktivitäten wurden zur Triebfeder ökonomischer Innovationen und rationalisierter Produktionssysteme, sie schufen eine weite Landschaft öffentlicher Aktivitäten, sie waren die Garanten des Siegeszugs des Rechts, der Versicherung und der Verwaltung. Der »organisierte Kapitalismus« ist eine wichtige Chiffre für die Beschreibung des Zusammenklangs von Staat und Ökonomie.² Doch der Aufstieg und dann schließlich der Niedergang des Staates waren auch mit der ideologischen und technologischen Brutalisierung des Politischen verbunden. Der Staat brachte die moderne Kriegsmaschine zum Laufen, und er war das zentrale Lenkungsorgan inner- wie zwischengesellschaftlichen Terrors.

Die Präsenz des Krieges als gesellschaftlicher Zustand und der Aufstieg des Staates als politischer Organisationsform – auf den ersten Blick finden wir hier eine spannungsreiche Wechselwirkung. Diese Wechselwirkung

1 Tony Judt, Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen, München 2010, S. 11.

2 Heinrich-August Winkler, Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974.

gilt in doppelter Hinsicht: Zum einen verhalf die gesellschaftliche Tatsache des Krieges dem modernen Staat zu beispiellosen Kapazitäten, indem er Ressourcen organisierte und mobilisierte. Die Geburt des modernen Staates erfolgte daher nicht zuletzt aus dem Geiste der kriegerischen Mobilisierung. Zum anderen ist der moderne Staat als sozialer Interventions- und Leistungsstaat sowie als demokratischer Rechtsstaat eine Form der politisch-praktischen Kriegsfolgenbewältigung. Er ist eine markante und gesellschaftspolitisch weitreichende Antwort, die vor dem Hintergrund exzessiver Gewalterfahrungen um Ausgleich und Befriedung bemüht ist. Mit guten Gründen können wir davon sprechen, dass die Entwicklung des Staates, insbesondere des modernen sorgenden und sichernden Wohlfahrtsstaates, nicht von der Kriegs- und Gewaltpräsenz des 20. Jahrhunderts zu trennen ist.³ Insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhielt der Wohlfahrtsstaat die politische Bedeutung eines normativen Ordnungsprinzips des Sozialen. Er löste sich aus der Konzentration auf Sozialversicherung und arbeitsrechtliche Regulation und etablierte soziale Menschenrechte, die gleichermaßen für alle Gesellschaftsmitglieder Gültigkeit besitzen. Mit der politischen Etablierung des Wohlfahrtsstaates und mit seiner Transformation vom sozialpolitischen Instrument gesellschaftlicher Problemlösung zu einem Prinzip demokratischer Gesellschaftsgestaltung war die Idee der Befriedung sozialer Widersprüche und Konflikte verbunden. Die politische und rechtliche Organisation von Solidarität und Ausgleich sollte zu einem gesellschaftlichen (Klassen-)Klima beitragen, in dem totalitäre und fundamentale Bestrebungen keinen Wiederhall mehr fänden.

Franz Xaver Kaufmann benennt diesen normativen Transformationsprozess der Sozial- und Wohlfahrtspolitik nach 1945 sehr genau: »Dieser Übergang von einer an der Arbeiterfrage orientierten Sozialpolitik [bis zu den 1930er und 1940er Jahren, B.V.] zu einer grundsätzlich die gesamte Bevölkerung betreffenden wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung stellt eine tiefgreifende Zäsur dar.«⁴ Der entscheidende Zeitraum ist hier der Dezember 1948. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete die »Universal Declaration of Human Rights«. Erstmals wurde eine internationale Verantwortung für die Wohlfahrtsentwicklung in der Welt (*welfare internationalism*) postuliert, die zu einem Konzept der Menschen-

3 Vgl. Hartmut Kaelble, *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989*, München 2011; Hans-Günter Hockerts, *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*, Göttingen 2011.

4 Franz-Xaver Kaufmann, *Die Entstehung sozialer Grundrechte und die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung*, Paderborn 2003, S. 16.

rechte führte, »das neben den Freiheits- und politischen Partizipationsrechten auch kulturelle, wirtschaftliche und soziale Teilhaberechte umfasst [...], die wir hier abkürzend als soziale Grundrechte bezeichnen. Obwohl die wohlfahrtsstaatliche Programmatik selbstverständlich auch auf den Grundsätzen der individuellen Freiheitsrechte und der politischen Mitwirkungsrechte aufbaut, sind doch diese sozialen Grundrechte spezifisch für die Legitimation wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung geworden.«⁵ Im Mittelpunkt der Deklaration stand mithin Artikel 22, der die normative Leitlinie wohlfahrtsstaatlicher Gestaltung des Sozialen formulierte: »Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuss der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.« Bemerkenswert an der Gewährleistung und Leistungszusage sozialer Menschenrechte als »Staatspflicht« ist freilich, dass sie sich als Rechtsnormen nicht mehr nur auf die Sphäre der Erwerbsarbeit beziehen, der sie ursprünglich entstammen. Vielmehr haben sie sich aus der Partikularität der Arbeitswelt gelöst. Sie sind zu universalen Normen der Lebenswelt aller Bürger geworden.

Der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn in den vergangenen Jahrzehnten kennengelernt haben, ist zweifelsohne auch ein Kriegsprodukt, das heißt, eine politische Reaktion auf die kriegerische, politische und innerstaatliche Gewalt im 20. Jahrhundert. Die Betonung liegt freilich auf dem Wort »auch«. Denn den Wohlfahrtsstaat, der sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelt hat, alleine mit heißen und kalten Kriegen bzw. Totalitarismuserfahrungen in Verbindung zu bringen, heißt doch, die sozialhistorische und ideengeschichtliche Entwicklung staatlichen Handelns in durchaus problematischer Weise zu funktionalisieren. Diese Funktionalisierung hat zwei Seiten: Sie suggeriert auf der einen Seite, dass Gesellschaften primär aus kriegerischen, gewaltbezogenen Erfahrungen lernen. In unserem Fall bedeutet das, dass wir mit guten Gründen unterstellen, dass soziale Sicherung und politischer Ausgleich Gesellschaften friedfertiger machen. Aus der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts lernen heißt dann, für den Wohlfahrtsstaat zu plädieren. Für eine bestimmte Generation politischer und kultureller Eliten ist dieser Zusammenhang fraglos gut nachzuzeichnen. Aber daraus kann kaum ein allgemein gültiges Funktionsprinzip des

5 Ebenda, S. 24f.

Sozialen gemacht werden, das der Gleichung folgt: Krieg als Gesellschaftszustand provoziert Wohlfahrtsstaat als politische Antwort. Der stärkere Teil der Funktionalisierung legt daher nahe, dass die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates einem Reiz-Reaktions-Schema folgt. Die wohlfahrtsstaatliche Expansion der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften als Reaktionsform auf den Siegeszug des sogenannten Sozialismus in Osteuropa zu beschreiben, bedeutet, wesentliche Quellen wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten schlicht auszublenden oder in einen unzulässigen Zusammenhang zu stellen. Die starke und anhaltende Expansion des westeuropäischen Wohlfahrtsstaates steht zweifelsohne in einem engen historischen Zusammenhang mit der östlichen Systemkonkurrenz, aber die Idee des Wohlfahrtsstaates als Strukturprinzip moderner, arbeitsteiliger und technologisch hoch differenzierter Gesellschaften hat eine weit längere Entwicklungsgeschichte und verweist auf einen breiteren Ideenraum.

Die Systemkonkurrenz seit den 1950er Jahren ist das eine; das andere sind die strukturellen Ausgangspunkte und die normativen Quellen moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit. Diese liegen anderenorts. Zu diesen Ausgangspunkten und Quellen zählen zum einen die sozialkatholischen Bemühungen um sozialen Ausgleich der Klassegegensätze und krasen sozialen Benachteiligungen der aufstrebenden kapitalistischen Wirtschaftsorganisation. Im Laufe des späten 19. Jahrhunderts entstanden karitativ orientierte Sozialverbände und Vereinsstrukturen, die noch heute Bestand haben – das Spektrum reicht hier von der Caritas über die Kolpingbewegung bis zu den Sozialakademien der Bistümer. Hinzu kommen ebenfalls im Laufe der Industrialisierung die philanthropischen Bemühungen zahlreicher Unternehmen, die konkrete infrastrukturelle Folgen hatten: Werkssiedlungen, Gesundheitsversorgung, Durchsetzung von Hygienestandards oder die Schaffung von berufsbezogenen Bildungseinrichtungen. Und schließlich ist der Wohlfahrtsstaat nicht nur eine Reaktion auf die »sozialistische Bedrohung« von außen, sondern auch ein Ergebnis der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegungen von innen: Wir können den modernen Wohlfahrtsstaat nicht ohne Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung denken. Kurzum: Diese Quellen des sorgenden und sichernden Staates entspringen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und sie haben bis heute kaum an Kraft verloren. Das gilt für die gesellschaftliche Präsenz kirchlicher Wohlfahrtsverbände wie »Caritas« und »Diakonie«, die heute starke Akteure auf den Wohlfahrtsmärkten sind. Hierzu zählen das Stiftungswesen und die Genossenschaften, die möglicherweise noch niemals so in Blüte standen wie heute und denen noch eine große Zukunft bescheinigt wird. Und auch die Gewerkschaften als Trägerinnen wohlfahrtsbezogenen Handelns und arbeits- und sozialrecht-

licher Forderungen stehen heute weit weniger schlecht da, als dies beispielsweise noch in den 1980er Jahren erwartet worden ist.

Krieg und Staat – die Zusammenhänge und Wechselwirkungen sind deutlich. Dennoch dürfen wir dieses spannungsreiche Verhältnis nicht in einem funktionalistischen Fehlschluss auflösen. Der sorgende und sichernde Wohlfahrtsstaat als normative Idee des Sozialen ist weit mehr als ein »Kriegsprodukt«. Aber dennoch können wir nicht über die Expansion und Stabilisierung des Wohlfahrtsstaates sprechen, wenn wir nicht die Effekte berücksichtigen, die durch die Präsenz des Krieges in den kollektiven Erfahrungen der europäischen Gesellschaften seit der Mitte des 20. Jahrhunderts beschleunigt und bekräftigt wurden. Mit dem intervenierenden und ausgleichenden Wohlfahrtsstaat hat sich seit den 1950er Jahren ein spezifisches Gesellschaftsmodell der Sicherheit und Sorge etabliert, das noch heute allgegenwärtig ist und dessen Niedergang die Aussicht auf erhebliche gesellschaftliche Friktionen und Fragmentierungen bietet. Dieses Modell und seine Perspektiven werden im Folgenden skizziert.

Bau- und Gestaltungsprinzipien sorgender und sichernder Wohlfahrtsstaatlichkeit

Die Architektur des sorgenden und sichernden Wohlfahrtsstaates ruht auf einem Fundament sozialer, beruflicher und materieller Statusrechte.⁶ Mit dem Begriff des Status sind positive und garantierte Rechte, aber auch Pflichten verbunden, außerdem Befugnisse und Ansprüche, Privilegien und Erwartungen. Eine Statusordnung begrenzt auf der einen Seite die freie Wahl der Vertragsbeziehungen, indem sie eine Hierarchie von Privilegien und Zumutungen entwirft, doch zugleich ist sie auf der anderen Seite weniger starr als ein Regime politischer Planung. Statusordnungen gedeihen daher in einem Milieu sozialer Mobilität besonders gut. Das Europa der Nachkriegszeit wurde von Aufsteigergesellschaften dominiert. Als Gesellschaften dieses Typs waren sie bevorzugte Orte der Etablierung sozialer und beruflicher Statusrechte.⁷ Die zentrale Vorstellung sozialer Statusordnungen ist die staatlich regulierte und gesetzlich verordnete Einschränkung der Vertragsfreiheit zwischen Marktakteuren. Dieses Prinzip

6 Claus Offe, »Soziale Sicherheit im supranationalen Kontext: Europäische Integration und die Zukunft des Europäischen Sozialmodells«, in: Max Miller (Hg.), *Welten des Kapitalismus. Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*, Frankfurt am Main/New York, S. 189–226, hier S. 194.

7 Ebenda, S. 195.

begrenzter und kontrollierter Vertragsfreiheit durch Statusrechte war – wie Claus Offe hervorhebt – für die politischen und gesellschaftlichen Traditionen europäischer Wohlfahrtsstaaten konstitutiv. Es ist auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten ebenso wirksam wie in den Arbeitsbeziehungen und in den Verfahren der Entgeltfindung und Einkommensverteilung. Rechtlich begrenzte Freiheiten gelten mit Blick auf den Schutz kleinerer und mittelständischer Unternehmen in Handel und Handwerk. Ein Prototyp des Schutzes wirtschaftlicher Statusrechte ist der Agrarsektor, aber in gewissem Sinne gilt dies trotz aller Liberalisierungen auch für die »Netzwerk-Sektoren« Transport, Energie und Kommunikation. Statusrechte als Kontrollinstanzen sind schließlich auch im internationalen Handel, im Zollwesen oder in den Bereichen von Forschung, Entwicklung und technischer Innovationen wirksam. Diese statusbezogene Ordnung hat als wohlfahrtsstaatliches Gestaltungsprinzip unterschiedliche zeitliche, soziale und sachliche Rationalitäten und Bezugspunkte: die Berücksichtigung von Zukunft und Vergangenheit, die Rücksichtnahme auf Dritte und die Einsicht in die vorteilhaften Wirkungen kollektiven wirtschaftlichen Handelns im Unterschied zum individualisiert nutzenorientierten Kalkül des Einzelakteurs oder -unternehmens. Statusrechte haben institutionelle Effekte. Sie begrenzen, modifizieren und gestalten soziale und wirtschaftliche Konflikte. Mit der Etablierung von Statusrechten sind zudem Fragen der Gleichheit und der Sicherheit verknüpft. Die Diskurse über Gleichheit innerhalb der europäischen Wohlfahrtsstaaten konzentrieren sich nicht auf Fragen der gleichen Ressourcenausstattung, sondern auf die Durchsetzung gleicher Rechte – auf Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit oder gegen Diskriminierung aufgrund personenbezogener Merkmale. Die Umverteilung innerhalb des Wohlfahrtsstaates ist keine Umverteilung zwischen sozialen Klassen. Viel bedeutsamer ist die Umverteilung, die jenseits der Klassenspaltungen stattfindet – zwischen den Generationen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Einpersonenhaushalten und Familien. Der zentrale Prozess wohlfahrtsstaatlicher Umverteilungen findet nicht zwischen, sondern innerhalb sozialer Klassen statt. Nicht die Verwirklichung eines Gleichheits- oder Gerechtigkeitsversprechens steht im Vordergrund, sondern die Durchsetzung von Sicherheits- und Schutzrechten der erwerbstätigen Bevölkerung und ihrer Angehörigen. Diese Rechte zielen auf den Ausgleich von Marktschwankungen oder auf die Dämpfung der allgemeinen Risiken des Erwerbslebens: »Anstatt also für materielle Gleichheit zu sorgen, zielt der Wohlfahrtsstaat darauf ab, die Mehrheit der Bürger in ein Arrangement von Sicherheit und Schutz ihres relativen Status einzubeziehen. Sein Ziel ist es, einen Sockel zu schaffen, von dem niemand herunterfallen sollte, wobei sowohl die Höhe dieses Sockels als auch die

Gesamtheit derjenigen, die in Bezug auf ihren absoluten und relativen Status zu schützen sind, stets umstritten sind« – der Wohlfahrtsstaat als permanentes Konfliktfeld.⁸

Der Wohlfahrtsstaat als sorgender Staat ist mithin ein Ort der Auseinandersetzungen und keineswegs eine Idylle paternalistischer Friedfertigkeit. Hinzu kommt, dass der sorgende Staat weit mehr war und ist als lediglich ein (ver)sichernder Staat. Die staatliche Sorge und Vorsorge – als Ausdruck politischer Planung, materieller Zuwendung und rechtlicher Gestaltung – zielte auf mehrere Felder:

- auf die Minimierung sozialer Risiken und die Dämpfung sozialer und materieller Ungleichheiten durch staatliche Garantien der Statussicherung in den erwerbsbiografischen, gesundheitlichen und altersbezogenen Wechselfällen des Lebens;
- auf die Absicherung beruflicher Karrieren und die Öffnung sozialer Aufstiegsperspektiven durch schulische, betriebliche und universitäre Bildung, die von einem Bildungsbegriff getragen wurde, der auf individuelle Emanzipation zielt, und nicht auf die betriebswirtschaftliche Passgenauigkeit von Ausbildungsgängen;
- auf die klare Trennung von beruflichen und privaten Arbeitswelten und damit auf die Festigung von Geschlechterrollen, die Strukturierung privater Lebenswelten und die Formung des familiären Zusammenlebens;
- auf die Organisation und den Ausbau öffentlicher Dienste als Systeme der Daseinsvorsorge, aber auch als expansive Felder der Dienstleistungsbeschäftigung. Der sorgende Wohlfahrtsstaat war immer ein dynamischer Wirtschaftsmotor und ein Ort beruflicher Mobilität. Das Modell sorgender Staatlichkeit ermöglicht sozialstrukturelle Beruhigung, aber eröffnet auch Mobilitätschancen und berufliche Dynamik. Die Geschichte vom »sorgenden Staat« ist daher die Geschichte einer Aufsteiger-gesellschaft.⁹

Der Sozialhistoriker Josef Mooser schildert in seiner Sozialgeschichte des Struktur- und Mentalitätswandels der Arbeiterschaft diese Aufstiegsdynamik am Beispiel der Arbeitersöhne aus den frühindustriellen »Sweat-Shops«. In einem ersten Schritt auf der sozialen Stufenleiter stiegen sie zur Reihenhaushälterklasse in der Periode des entwickelten Industriekapitalismus und der ersten wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen auf. Deren Söhne und – sehr wichtig – auch Töchter wiederum etablierten sich zur neuen Mittelklasse technischer Intelligenz und der Verwaltung des reifen Wohl-

8 Ebenda, S. 203.

9 Vgl. Abram de Swaan, *Der sorgende Staat*, Frankfurt am Main/New York 1993.

fahrtsstaates.¹⁰ Ähnliche Aufstiegsgeschichten könnten anhand intergenerationaler Mobilitäten in der Handwerker- oder Bauernschaft erzählt werden. Aus diesen Soziallagen entsprangen die neuen, dienstleistungsorientierten Angestelltenmilieus, die einen spezifischen Habitus und charakteristische Orientierungen ausprägten. Während diese aufstiegsorientierten und statusbesorgten Milieus allmählich das gesellschaftliche Klima einer modernisierten Gesellschaft dominierten, begann der stetige, aber unwiderrufliche Abstieg anderer gesellschaftlicher Klassen und Milieus. Hier ist insbesondere an das Selbständigenmilieu der Einzelhändler und Bauern, aber auch an den kontinuierlichen sozialen Abstiegsprozess der Industriearbeiterschaft zu denken, die durch den ökonomischen Strukturwandel nicht nur ihre »objektive« Basis verlor, sondern spätestens seit den frühen 1970er Jahren auch ihre kulturelle Relevanz und gesellschaftspolitische Prägekraft Stück für Stück einbüßte. Die in den Nachkriegsjahrzehnten latenten, aber auch manifesten Generationenkonflikte zwischen den Aufsteigern einer immer stärker dienstleistungsorientierten Gesellschaft und ihren Elternhäusern sind ein wesentliches Resultat expansiver, das öffentliche Leben und die Welt der Erwerbsarbeit dominierender Wohlfahrtsstaatlichkeit.

Klasseneffekte des Wohlfahrtsstaates

Der Wohlfahrtsstaat hat klassenbildende Effekte. Alle wohlfahrtsstaatlich geprägten Gesellschaften haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in ihrer Sozialstruktur und Mentalität markant verändert. Aus agrarisch bzw. industriell geprägten Gesellschaften, die sich durch klare Klassengrenzen und deutliche regionale oder auch konfessionell geprägte Milieuorientierungen auszeichneten, sind Gesellschaften mit einer starken »Mitte« geworden, die sich durch soziale Angleichungsprozesse, aber auch durch ein hohes Maß an sozialer und beruflicher Mobilität auszeichnen. Status- und Konsumfragen spielen hierbei eine stärkere Rolle. Insbesondere der gestiegene Wohlstand und die verbreiteten Konsummöglichkeiten tragen und repräsentieren soziale Aufwärtsprozesse. Je stärker die Mittelschichten den gesellschaftlichen Ton angeben, desto wichtiger werden die feinen Unterschiede zwischen den Professionsgruppen und Dienstklassen innerhalb der Mittelschicht. Vereinheitlichung und Differenzierung sind daher gleichlaufende Prozesse, die einander nicht aus-

10 Vgl. Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland. 1900–1970*, Frankfurt am Main 1984.

schließen, sondern ergänzen. Im Zentrum dieser klassenbildenden Effekte des Wohlfahrtsstaates stehen die Berufsfelder der öffentlichen Dienste. Dieses Kernmilieu der sozialen Mitte repräsentiert in seinen Abstufungen von einfachen, gehobenen und höheren Diensten, mit seinen Laufbahneffekten und sozialen Graduierungen geradezu eine Idealwelt der Mittelschicht. Der öffentliche Dienst ist heute zwar nur noch begrenzt ein Aufsteigermilieu – gleichwohl war er in den vergangenen Jahrzehnten ein echter Aufstiegsmotor.

Die empirischen Analysen der Bildungssoziologen Hans-Peter Blossfeld und Rolf Becker zeigen am Beispiel von Erwerbsbiografien und Berufsverläufen im öffentlichen Sektor den Zusammenhang von »Staatsexpansion und Karrierechancen«.¹¹ Mithilfe von Kohortenanalysen gehen sie den Beschäftigungs- und Mobilitätseffekten expansiver Staatsaktivitäten seit den 1960er Jahren nach. Zwei Thesen werden dabei vorgelegt: Die erste besagt, dass in der Kohortenfolge gerade die Generationen verstärkt im öffentlichen Dienst Beschäftigung finden konnten, die in der Expansionsphase des Staates in das Beschäftigungssystem eingetreten sind, denn Berufsanfängern fällt es sehr viel leichter, sich in neuen Beschäftigungsfeldern zu etablieren. Die zweite These geht davon aus, dass gerade die beruflich gut qualifizierten Arbeitskräfte von der Ausdehnung staatlicher Arbeitsmärkte profitieren konnten. Die Bildungsexpansion und die Ausweitung staatlicher Beschäftigung greifen ineinander. Die Ausdehnung öffentlicher Beschäftigung hat auf diese Weise selektive Effekte, indem bestimmte Gruppen der Gesellschaft in besonderer Weise von dieser Entwicklung profitieren konnten. Die Entwicklung des öffentlichen Sektors seit den 1950er Jahren hatte demzufolge keinen universalen, die gesamte Gesellschaft erfassenden »Upgradingeffekt« auf die Sozialstrukturentwicklung. Insofern geht es in diesem Fall nicht um kollektive Fahrstuhleffekte, sondern um eine Neugliederung der Gesellschaftsstruktur. Aufsteigergesellschaften kennen eigene Ungleichheitseffekte, insbesondere mit Blick auf Generationen-, Bildungs- und Geschlechterfragen. Die Relationen sozialer Ungleichheiten zwischen den Generationen, zwischen den Absolventen des Bildungssystems und zwischen Männern und Frauen verändern sich.¹²

11 Hans-Peter Blossfeld/Rolf Becker, »Arbeitsmarktprozesse zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Sektor«, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 22 (1989) H. 2, S. 233–247.

12 Vgl. hierzu insbesondere Berthold Vogel, *Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*, Hamburg 2009, S. 149 ff.

Mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates entsteht eine neue soziale Klasse der Pädagogen und Therapeuten, der Verwalter und Versicherer, der Berater und Versorger. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zudem die Ausdehnung der freien Berufe der Planer, Entwickler, Werber und Veranstalter – aber auch hier gilt, dass deren wirtschaftliche Leistungskraft und Überlebensfähigkeit in engem Zusammenhang mit staatlicher Investitionsbereitschaft und öffentlicher Wirtschaft stehen. Der Wohlfahrtsstaat dient als tragfähige Karriereleiter – für Männer, insbesondere aber auch für Frauen; für Fachkräfte, insbesondere aber für Absolventen des höheren Bildungswesens. An den skizzierten Generationen-, Bildungs- und Geschlechtereffekten lässt sich die innere Dynamik von Gesellschaften nachzeichnen, die durch sorgende und sichernde Staatlichkeit geprägt sind. Diese innere Dynamik spiegelt sich freilich nicht nur in der Architektur einer Gesellschaft, sondern auch in ihren Mentalitäten, in ihrer Sozialkultur. Die kulturelle Hegemonie der Mittelschicht produziert beflissene Aufsteiger und nervöse Statussucher, die peinlich genau auf soziale Abstände und symbolische Abgrenzung achten, die stets befürchten, zu kurz zu kommen und die die soziale Gerechtigkeit in all ihren Abschattierungen der Generationen-, Geschlechter-, Bildungs- und Einkommensgerechtigkeit zu ihrem Lebensthema machen. Das ist das zwiespältige Erbe einer auf Sorge und Sicherheit hin orientierten Mittelschichtsgesellschaft.

Wie auch immer wir aus soziologischer Sicht die Konturen des sorgenden und sichernden Wohlfahrtsstaates beurteilen mögen: Mit der Expansion staatlicher und öffentlicher Aktivitäten hat sich erstens die Struktur der Arbeitswelt in entscheidender Weise verändert. Sie ist geordneter, rechtlich strukturierter, aber auch qualifizierter und weiblicher geworden. Zweitens ist eine neue Gliederung der sozialen Wirklichkeit entstanden, die ein starkes Zentrum der Gesellschaft ausgeprägt hat. Soziale Polarisierungen und markante Ungleichheiten haben sich ebenso nivelliert wie regionale oder religiöse Milieutrennungen. Mit dieser »Vermittelschichtung« moderner wohlfahrtsstaatlich geprägter Gesellschaften war zugleich eine bemerkenswerte soziale Aufwärtsdynamik verbunden, die mit der Praxis wohlfahrtsstaatlicher Intervention auch soziale und berufliche Mobilitäten forcierte. Drittens ist mit dem sichernden und sorgenden Wohlfahrtsstaat auch eine bestimmte normative Ordnung des Sozialen entstanden, ein Bewusstsein gegenseitiger Verantwortung und hilfreichen Beistands. Abram de Swaan spricht in diesem Zusammenhang von der Etablierung eines »sozialen Bewusstseins«. ¹³ Vor allem diesen Punkt hatte

13 Swaan, Der sorgende Staat.

Tony Judt im Blick, als er davor warnte, das 20. Jahrhundert nur noch als ein Zeitalter vergangener Ideen und überwundener gesellschaftlicher Realitäten zu betrachten.

(Notwendige) Veränderungen des wohlfahrtsstaatlichen Modells

Doch mit der Erinnerung an das wohlfahrtsstaatliche Erbe des 20. Jahrhunderts ist nicht die Zukunft gewonnen. Die Fragen bleiben offen: Wer trägt den Wohlfahrtsstaat? Wo materialisiert sich der Wohlfahrtsstaat? Es geht um Akteure und Orte sowie deren Veränderungen und Konflikte. Der für den sorgenden und sichernden Staat zentrale Punkt war: Die Antwort auf Konflikte um Wohlstand und Status war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts »Mehr«. Der Wohlfahrtsstaat war eine Wachstumsmaschine, deren soziale, kulturelle, ökologische und ökonomische Folgekosten in retrospektiven Überlegungen eher unterschätzt werden. Die entscheidende Frage für den Wohlfahrtsstaat von morgen wird sein, wie organisieren wir das »Weniger«? Wie gestalten wir Schrumpfungskonflikte? Gibt es einen devolutiven Wohlfahrtsstaat, der eine neue Form von Wohlstand schafft, der jenseits von unbegrenzten Teilhabe- und Konsumbedürfnissen steht? Diese Frage kann in soziologischer Perspektive nicht ohne Akteure und ohne die Angabe von Räumen der Neugestaltung beantwortet werden. Es braucht daher neue Trägergruppen in der Gesellschaft, die für Wohlstand jenseits der Wachstumsgesellschaft stehen und die zugleich Profiteure einer Devolution sind. Tim Jackson beschreibt in seinem Text »Wohlstand ohne Wachstum« diese Perspektive und ihre Akteure: Es ist eine neue soziale Klasse technischer und ökologischer Intelligenz, die das Gemeinwohl ebenso schätzt wie die private Initiative.¹⁴ Sie sind die Produzenten der *common goods*. Und die Produktion dieser *common goods* findet im Prozess einer Rekommunalisierung der Gesellschaftspolitik statt. In der Neubestimmung der Ideen der Wirtschaftsdemokratie, der Kommunalität und der Subsidiarität liegt die Hoffnung für einen zeitgemäßen Wohlfahrtsstaat für das 21. Jahrhundert, der die öffentlichen Infrastrukturen, die demokratische Zugänglichkeit meritokratischer Güter und die Sorge um das Ganze zu Leitprinzipien einer neuen Gesellschaftspolitik macht. Die Potenziale des Wohlfahrtsstaates liegen in seiner unbedingten Verpflichtung auf das Gemeinwohl, dessen ökologischer und ökonomischer, kultureller und sozialer Zielpunkt die Gestaltung einer Ge-

14 Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, Berlin 2011.

sellschaft des Weniger sein muss. Der sorgende und sichernde Wohlfahrtsstaat ist hierbei zwar kein struktureller und ökonomischer Referenzpunkt mehr, aber er ist dennoch weit mehr als nur Erinnerungsort. In seiner Repräsentanz der Idee der politischen Gestaltbarkeit der Gesellschaft ist er vor allem normatives Erbe. Darauf immer wieder hingewiesen zu haben, ist ein besonderes Verdienst der Sozialgeschichtsschreibung Tony Judts.

Zu den Autorinnen und Autoren

Melanie Arndt, Dr. phil., Historikerin, Carson-Fellow am Rachel Carson Center for Environment and Society der LMU München und Projektleiterin am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: Zeitgeschichte; Umwelt- und Sozialgeschichte; historische Katastrophenforschung; Zivilgesellschaft; transnationale Geschichte.

Neuere Publikationen: »Memories, Commemorations, and Representations of Chernobyl«, in: *Anthropology of East Europe Review* 30 (2012) 1, S. 1–12; Tschernobyl: Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik und die DDR, Erfurt/Berlin 2011; »Verunsicherung vor und nach der Katastrophe. Von der Anti-AKW-Bewegung zum Engagement für die ›Tschernobyl-Kinder‹«, in: *Zeithistorische Forschungen* 7 (2010) 2, S. 240–258.

John P. Baesler, Prof., PhD, Historiker, Assistant Professor für neuere amerikanische Geschichte an der Saginaw Valley State University, Michigan. Arbeitsschwerpunkte: US-Sicherheitspolitik im Kalten Krieg; Kultur der Geheimdienste.

Neuere Publikationen: *Clearer than Truth: The Polygraph in Cold War America*, Athens, GA, Georgia (in Vorbereitung).

Michael Brzoska, Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler und Politologe, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) in Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Rüstungskontrolle und Abrüstung; Sanktionspolitik; Sicherheitssektorreform (SSR); Waffenhandel und Proliferation.

Neuere Publikationen: (Hg.), *Conversion Survey: Global Disarmament, Demobilization and Demilitarization*, London/Baden-Baden 1996–2005; »Rüstungsdynamik und -proliferation«, in: Mir A. Ferdowsi (Hg.), *Internationale Politik als Überlebensstrategie*, München 2009, S. 25–51.

Giorgio Franceschini, M.Sc., Physiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: nukleare Nichtverbreitung; Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Neuere Publikationen: »IAEO – Internationale Atomenergieorganisation«, in: Katja Freistein/Julia Leininger (Hg.), *Handbuch Internationale Organisationen: Grundlagen und Akteure*, München 2012, S. 119–128; »The NPT review process and strengthening the treaty: Peaceful uses«, EU

Non-proliferation Paper Nr. 11, 2012; »Eine Welt ohne Kernwaffen: falsche und richtige Fragen«, in: Jochen Hippler u. a. (Hg.), *Friedensgutachten 2010*, Berlin 2010, S. 317–329.

Philipp Gassert, Prof. Dr., Historiker, Inhaber des Lehrstuhls für die Geschichte des europäisch-transatlantischen Kulturraums an der Universität Augsburg und Mitbegründer des Heidelberg Center for American Studies. Arbeitsschwerpunkte: internationale Geschichte des 20. Jahrhunderts; Geschichte transatlantischer Beziehungen; Nationalsozialismus; deutsche und europäische Geschichte nach 1945.

Neuere Publikationen: zus. mit Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011; zus. mit Mark Häberlein und Michael Wala, *Kleine Geschichte der USA*, Stuttgart 2007; *Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988: Kanzler zwischen den Zeiten*, München 2006.

Bernd Greiner, Prof. Dr., Historiker und Politologe, ist Leiter des Arbeitsbereiches »Theorie und Geschichte der Gewalt« am Hamburger Institut für Sozialforschung und Professor am Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: US-amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts – unter besonderer Berücksichtigung des Kalten Krieges, der Beziehungen zwischen Militär und Zivilgesellschaft seit 1900, des deutsch-amerikanischen Verhältnisses; deutsche Amerikabilder; Theorie der Gewalt und internationaler Beziehungen.

Neuere Publikationen: *9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen*, München 2011; *Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg*, München 2010; *Krieg ohne Fronten: Die USA in Vietnam*, Hamburg 2007.

Bettina Greiner, Dr. phil., Historikerin, ist Koordinatorin der Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte (ein Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Kooperation mit dem Einstein Forum Potsdam). Arbeitsschwerpunkte: politische Verfolgung und (Lager-)Haft im 20. Jahrhundert.

Neuere Publikationen: *Verdrängter Terror: Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland*, Bonn 2011; »Sowjetische Speziallager – 60 Jahre danach: Anmerkungen zu einer verstockten Debatte«, in: *Deutschland-Archiv* 43 (2010) H. 2, S. 289–296; »Erzählen vom Leid. Stalinistisch Verfolgte und ihr Ringen um gesellschaftliche Anerkennung«, in: K. Eric Franzen/Martin Schulze Wessel (Hg.), *Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in Deutschland und im östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2012, 45–67.

Gerd Hankel, Dr. jur., Völkerrechtler, ist Wissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: der Völkermord in Ruanda; die aktuellen Konflikte in Zentralafrika; das humanitäre Völkerrecht und das Recht der Menschenrechte.

Neuere Publikationen: »Die Gacaca-Justiz in Ruanda – ein kritischer Rückblick«, in: Susanne Buckley-Zistel/Thomas Kater (Hg.), *Nach Krieg, Gewalt und Repression: Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit*, Baden-Baden 2011, S. 167–183; *Das Tötungsverbot im Krieg. Ein Interventionsversuch*, Hamburg 2011; »Friedenskonferenzen/Friedensverträge«, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hg.), *Handbuch Frieden*, Wiesbaden 2011, S. 171–179.

Sascha Helbardt, Dr. phil., Südostasienwissenschaftler, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Südostasienkunde an der Universität Passau. Arbeitsschwerpunkte: Gewalt- und Konfliktsoziologie; Terrorismus; Medienkontrolle in Südostasien.

Neuere Publikationen: zus. mit Marc Askew, »Becoming Patani Warriors: Individuals and Insurgent Collective Action in Southern Thailand«, in: *Studies in Conflict and Terrorism* 35 (2012) H. 11, S. 79–809; zus. mit Dagmar Hellmann-Rajanayagam/Rüdiger Korff, »War's Dark Glamour: Ethics of Research in War and Conflict Zones«, in: *Cambridge Review of International Affairs* 23 (2010) H. 2, S. 349–369.

Rolf Hobson, Prof., PhD, Historiker, ist Senior Researcher am Norwegischen Institut für Verteidigungsforschung in Oslo. Arbeitsschwerpunkte: internationale Geschichte Europas im 19. und 20. Jahrhundert.

Neuere Publikationen: *Imperialism at Sea: Naval Strategic Thought, the Ideology of Sea Power, and the Tirpitz Plan, 1875–1914*, Boston, MA, 2002; *Krig og strategisk tenkning i Europa 1500–1945*, Oslo 2005.

Sean N. Kalic, Prof., PhD, Militärhistoriker, ist Associate Professor im Department of Military History am U.S. Army Command and General Staff College in Fort Leavenworth, Kansas. Arbeitsschwerpunkte: Kalter Krieg; Terrorismus; militärische Ideengeschichte.

Neuere Publikationen: *U.S. Presidents and the Militarization of Space, 1946–1967*, College Station, TX, 2012; *Combating a Modern Hydra: Al Qaeda and the Global War on Terrorism*, Fort Leavenworth, KS, 2005.

Stefanie van de Kerkhof, Dr. rer. pol., Wirtschafts- und Sozialhistorikerin, ist Lehrstuhlvertreterin für Angewandte Ökonomik, Universität Mannheim, Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Kritische Unternehmens- und

Industriegeschichte. Arbeitsschwerpunkte: Unternehmensgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert; Kriegswirtschaft im Zeitalter der Weltkriege; Rüstungsindustrie im Kalten Krieg.

Neuere Publikationen: Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Essen 2006; »Militärfachzeitschriften als Quellen einer Marketinggeschichte der europäischen Rüstungsindustrie im Kalten Krieg«, in: Markus Pöhlmann (Hg.): Militärfachzeitschriften im 20. Jahrhundert, Paderborn 2012, S. 71–91; »Auf dem Weg vom Konzern zum Netzwerk? Organisationsstruktur der Rheinmetall Berlin AG im Kalten Krieg, 1956–1989«, in: Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger (Hg.): Unternehmen am Ende des ›goldenen Zeitalters‹. Die 1970er Jahre als Gegenstand der Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte, Essen 2008, S. 67–89.

Rüdiger Korff, Prof. Dr., Soziologe, Inhaber des Lehrstuhls für Südostasienkunde an der Universität Passau. Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Entwicklungssoziologie; Untersuchung urbaner Selbstorganisationsformen und ihrer Dynamiken; Analyse von Institutionalisierungsprozessen in Südostasien.

Neuere Publikationen: zus. mit Sascha Helbardt/D. Hellmann-Rajanayagam, »Isomorphism and Decoupling: Processes of External and Internal Legitimation in Southeast Asia«, in: *Sociologus* 62 (2012) H. 2; zus. mit Hans Dembowski, »Stealth Censorship: How the Calcutta High Court is Suppressing a Sociological Book on Public Interest Litigation«, in: *Socio-Legal Review* 7 (2011), S. 71–86; zus. mit E. Rothfuss, »Urban Revolution as Catastrophe or Solution? Governance of Megacities in the Global South«, in: *Die Erde* 104 (2009) H. 4, S. 355–370.

Dieter Krüger, PD Dr. phil., Historiker und Archivar, lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und ist Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: europäische Integration; NATO und Warschauer Pakt.

Neuere Publikationen: Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/58, München 2003; Brennender Enzian: Die Operationsplanung der NATO für Österreich und Norditalien 1951 bis 1960, Freiburg 2010; zus. mit Felix Schneider (Hg.), Die Alpen im Kalten Krieg: Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik, München 2012.

Heonik Kwon, Prof., PhD, Anthropologe, ist Senior Research Fellow und Professor für Archäologie und Anthropologie am Trinity College, University of Cambridge. Arbeitsschwerpunkte: der Kalte Krieg im Globalen Süden; Erinnerungskultur des Koreakrieges und des Vietnamkrieges.

Neuere Publikationen: *Ghosts of War in Vietnam*, Cambridge 2008; *The Other Cold War*, New York 2010; *North Korea Beyond Charismatic Politics* (in Vorbereitung).

Christoph Laucht, PhD, Historiker, ist Dozent für britische Zeitgeschichte an der University of Leeds. Arbeitsschwerpunkte: Kultur- und Sozialgeschichte des Atomzeitalters in Großbritannien und den Vereinigten Staaten; transnationale Geschichte des Kalten Krieges in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten; Film und Geschichte.

Neuere Publikationen: *Elemental Germans: Klaus Fuchs, Rudolf Peierls and the Making of British Nuclear Culture 1939–59*, Basingstoke 2012; zus. mit Tobias Hochscherf/Andrew Plowman (Hg.), *Divided, But Not Disconnected: German Experiences of the Cold War*, New York 2010; »An Extraordinary Achievement of the American Way: Hollywood and the Americanization of the Making of the Atom Bomb in *Fat Man & Little Boy*«, in: *European Journal of American Culture* 28 (2009) 1, S. 41–56.

Lorenz Lüthi, Prof., PhD, Historiker, ist Associate Professor of History an der McGill University in Montreal. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte internationaler Beziehungen; China und die Sowjetunion; die kommunistische Welt während des Kalten Krieges und ihre Transformation.

Neuere Publikationen: *The Sino-Soviet Split: Cold War in the Communist World*, Princeton, NJ, 2008; »Chinese Foreign Policy, 1960–79«, in: Tsuyoshi Hasegawa (Hg.), *The Cold War in East Asia, 1945–1991*, Stanford, CA, 2011, S. 152–179; »Sino-Soviet Relations during the Mao Years, 1949–69«, in: Thomas Bernstein/Li Hua-yu Li (Hg.), *China Learns from the Soviet Union, 1949 – Present*, Lanham, MD, 2010, S. 27–59.

Vojtech Mastny, PhD, Historiker, Senior Fellow am National Security Archive in Washington, DC. Arbeitsschwerpunkte: Militär- und Sicherheitspolitik im Kalten Krieg; NATO und Warschauer Vertrag.

Neuere Publikationen: (Hg.), *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991*, New York 2005; *War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and West*, London 2006; *Origins of the European Security System: The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London 2008.

Robert J. McMahon, Prof., PhD, Ralph D. Mershon Professor of History an der Ohio State University. Arbeitsschwerpunkte: Diplomatiegeschichte; US-Außenpolitik seit 1877; der globale Kalte Krieg.

Neuere Publikationen: Dean Acheson and the Creation of an American World Order, Washington, DC, 2009; The Cold War: A Very Short Introduction, Oxford 2003; Limits of Empire: The United States and Southeast Asia since World War II, New York 1999.

Anja Mihr, Prof. Dr., Politologin, ist Associate Professor am Netherlands Institute of Human Rights (SIM) der Universität Utrecht. Arbeitsschwerpunkte: Transitional Justice; Menschenrechte; Qualität von Demokratien und Good Governance.

Neuere Publikationen: »Non-Governmental Organizations in the Human Rights World«, in: B. Reinalda (Hg.), The Ashgate Research Companion to Non-State Actors, Farnham, UK, 2011, S. 377–390; »Was tun gegen Menschenrechtsverletzungen? Amnesty International und die SED Staatsmacht«, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.), Die demokratische Revolution von 1989 – Politik, Geschichte, Recht, Köln 2009, S. 46–63; Amnesty International in der DDR: Der Einsatz für Menschenrechte im Visier der Stasi, Berlin 2002.

Tim B. Müller, Dr. phil., Historiker, Wissenschaftler im Arbeitsbereich »Theorie und Geschichte der Gewalt« am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: deutsche, westeuropäische und amerikanische Ideen- und Wissenschaftsgeschichte; politische und Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges, der Weltkriege und der Zwischenkriegszeit.

Neuere Publikationen: »Innenansichten des Kalten Krieges. Über ein glückliches Zeitalter«, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 6 (2012) H. 3, S. 26–40; zus. mit Bernd Greiner/Claudia Weber (Hg.), Macht und Geist im Kalten Krieg, Hamburg 2011; Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010.

Klaus Naumann, Dr. phil., Historiker, ist Wissenschaftler im Arbeitsbereich »Die Gesellschaft der Bundesrepublik« am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: deutsche Erinnerungspolitik; die Nachkriegszeit; Militärgeschichte der Bundesrepublik.

Neuere Publikationen: »A troubled partnership – Zum Verhältnis von Politik und Militär im ISAF-Einsatz«, in: Anja Seiffert u. a. (Hg.), Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 49–63; Einsatz ohne Ziel? Die Politik-

bedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008; Generale in der Demokratie: Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite, Hamburg 2007.

Götz Neuneck, Prof. Dr., Mathematiker, stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg (IFSH). Arbeitsschwerpunkte: nukleare Abrüstung und Raketenabwehr; Nichtweiterverbreitung; Weltraumrüstung; konventionelle Waffentechnologien.

Neuere Publikationen: »Terrorismus und Massenvernichtungswaffen: Eine neue Symbiose?«, in: Hans Frank/Kai Hirschmann (Hg.), Die weltweite Gefahr: Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin 2002, S. 169–223; zus. mit Ulrike Kronfeld-Goharani, »Die schleichende Verseuchung der arktischen Region: Heutige und künftige Umweltfolgen der russischen Nordmeerflotte«, in: Jahrbuch Ökologie, München 2002, S. 212–234; »Atomares Wettrüsten der Großmächte – kein abgeschlossenes Kapitel«, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg u.a. (Hg.), »Kampf dem Atomtod«: Die Protestbewegung 1957/1958 in zeit-historischer und gegenwärtiger Perspektive, Hamburg 2009, S. 91–119.

Roy de Ruiter, M.A., Militärhistoriker und Marineoffizier, Doktorand an der Universität Amsterdam und der Verteidigungsakademie der Niederlande. Arbeitsschwerpunkte: Verteidigungspolitik; Transformation der niederländischen Streitkräfte nach dem Kalten Krieg.

Neuere Publikationen: »Defensienota 1991: Het belang van een visie De krijgsmacht neemt afscheid van de Koude Oorlog«, in: *Militaire Spectator* 180 (2011) 2, S. 64–76; »Amerikaanse defensiebeleid in de ›strategische pauze‹: De zoektocht naar legitimiteit«, in: Ministerie van Defensie (Hg.), Deelverkenning I, Vertreksituatie, Houvast voor de krijgsmacht van de toekomst, Den Haag 2010.

Hartmut Quehl, Dr. phil., Historiker, Politologe und Islamwissenschaftler, Direktor des Felsberger Instituts für Bildung und Wissenschaft e.V. (FIBW) und freier Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg. Arbeitsschwerpunkte: Friedens- und Konfliktforschung; Sozial- und Alltagsgeschichte postkolonialer Kriege; Oral History und qualitative Empirie; Migrationsforschung; Bildungsforschung.

Neuere Publikationen: Anfal 2.0, Dokumentarfilm, 2009; »Globalisierung, Krieg und Gewalt in Eritrea: Bestandsaufnahme einer peripheren Gesellschaft im beginnenden 21. Jahrhundert«, in: Peter Molt/Helga Dickow (Hg.), Kulturen und Konflikte im Vergleich – Comparing Cultu-

res and Conflicts, Baden-Baden 2007; Kämpferinnen und Kämpfer im eritreischen Unabhängigkeitskrieg 1961 bis 1991 – Faktoren der Diversivität und der Kohärenz, 2 Bde., Felsberg 2005.

James B. Sedgwick, Prof. PhD, Historiker, ist Assistant Professor im Department of History and Classics an der Acadia University in Wolfville, Nova Scotia, Kanada. Arbeitsschwerpunkte: Global Governance; Menschenrechte; internationale Organisationen.

Neuere Publikationen: »A People's Court: Emotion, Participant Experiences, and the Shaping of Postwar Justice at the International Military Tribunal for the Far East, 1946–1948«, in: *Diplomacy & Statecraft* 22 (2011) 3, S. 480–499; »Memory on Trial: Constructing and Contesting the ›Rape of Nanking‹ at the International Military Tribunal for the Far East, 1946–1948«, in: *Modern Asian Studies* 43 (2009) 5, S. 1229–1254; »Brother, Black Sheep, or Bastard? Situating the Tokyo Trial in the Nuremberg Legacy, 1946–1948«, in: Beth Griech-Poelle (Hg.), *The Nuremberg Trials and Their Policy Consequences Today*, Baden-Baden 2009, S. 63–76.

Sarah B. Snyder, PhD, Historikerin, ist Dozentin für internationale Geschichte am University College London. Arbeitsschwerpunkte: Aktivismus im Kalten Krieg; Menschenrechtspolitik der USA.

Neuere Publikationen: *Human Rights Activism and the End of the Cold War: A Transnational History of the Helsinki Network*, Cambridge 2011; »The Foundation for Vienna: A Reassessment of the CSCE in the mid-1980s« in: *Cold War History* 10 (2010) 4, S. 493–512; »Through the Looking Glass: The Helsinki Final Act and the 1976 Election for President«, in: *Diplomacy and Statecraft* 21 (2010) 1, S. 87–106.

Hans-Joachim Spanger, Dr. phil., Politologe, ist Mitglied des Vorstands und Programmereichsleiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Arbeitsschwerpunkte: internationale Sicherheitspolitik sowie Demokratisierung und Demokratieförderung mit einem regionalen Interesse an Russland.

Neuere Publikationen: (Hg.), *Der demokratische Unfrieden. Über das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und innerer Gewalt*, Baden-Baden 2012; »German-Russian Relations. A Pan-European Mission as National Interest«, in: *Studia Diplomatica* 55 (2012) 1, S. 33–44; zus. mit Bernd Reddies, *Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der UdSSR/Russland und in der Volksrepublik China*, Bonn 2011.

Berthold Vogel, PD Dr., ist Projektleiter im Arbeitsbereich »Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland« am Hamburger Institut für Sozialforschung, Dozent für Sozialwissenschaften an der Universität Kassel und Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts an der Georg-August-Universität in Göttingen. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitssoziologie; Soziologie des Wohlfahrtsstaates; soziale Ungleichheit.

Neuere Publikationen: zus. mit Franz Schultheis/Michael Gemperle (Hg.), *Ein halbes Leben. Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch*, Konstanz 2010; *Wohlstandskonflikte: Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*, Hamburg 2009; *Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft*, Hamburg 2007.

Klaas Voß, Dr. phil., Historiker, ist Wissenschaftler im Arbeitsbereich »Theorie und Geschichte der Gewalt« am Hamburger Institut für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: Söldner und private Militärfirmen; Interventionspolitik und verdeckte Operationen während des Kalten Krieges; Reintegration von Veteranen, Milizen und Guerillakämpfern in Nachkriegsgesellschaften.

Neuere Publikationen: »Plausibly Deniable«? Söldner als Instrument verdeckter US-Interventionen während des Kalten Krieges, 1964–1987, Dissertation, Universität Hamburg 2012 (Veröffentlichung in Vorb.); »Kurz vor Krieg. Während der Kubakrise stand die Welt nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal am Rand eines Atomkriegs. Fünf Beinahekatastrophen«, in: *Die Zeit Geschichte* (2012) H. 3, S. 46–48.

William O. Walker III, Prof., PhD, Historiker, lehrte zuletzt an der University of Toronto und befindet sich nun im Ruhestand. Arbeitsschwerpunkte: internationale Geschichte der USA; US-Drogenpolitik; Beziehungen zu Lateinamerika.

Neuere Publikationen: *National Security and Core Values in American History*, New York 2009; *The Rise and Fall of the American Century: The United States and the World, 1945–1975* (erscheint 2013).